

ZUKUNFTSBESTÄNDIGE GEMEINDE



VADEMECUM ZUR NACHHALTIGEN KOMMUNALPOLITIK



Bau-, Verkehrs-
und Energiedirektion
des Kantons Bern

**zünftig
zukünftig**



Stadt Winterthur

Departement Sicherheit und Umwelt

Impressum

© Copyright:
Stadt Winterthur, Departement Sicherheit und Umwelt

Konzeption:
Daniel Klooz, Beauftragter für Umweltschutz und Energie, Winterthur

Realisation:
Thomas Schneider, E. Basler + Partner, Zollikon
Daniel Klooz, Beauftragter für Umweltschutz und Energie, Winterthur

Redaktion:
Christoph Loeb, Buser, Loeb Kommunikation, Basel

Grafische Gestaltung:
Max Buser, Buser, Loeb Kommunikation, Basel

Druck:
Druckerei A. Baldegger, Winterthur

3. aktualisierte Gemeinschaftsaufgabe des Kantons Bern und der Stadt Winterthur
Dezember 2000: 1500

Schutzgebühr: sFr. 8.—

Bezugsadresse:
Koordinationsstelle für Umweltschutz, Reiterstrasse 11, 3001 Bern
Tel. 031 633 36 51
E-Mail: info.kus@bve.be.ch

Neue Wege – auch in der Zusammenarbeit

Der Weg zur zukunftsbeständigen Gemeinde mag zwar lang sein, doch je früher wir uns aufmachen, desto eher erreichen wir das Ziel. Für das neue Jahrtausend sind neue Ideen gefragt, es braucht mehr Raum für Kreativität und auch den Mut, vertraute Wege zu verlassen. Wir müssen unsere Schwächen und Stärken kennen, die Stärken ausbauen, die Schwächen sukzessive beheben. Auch wollen wir offen sein für die Zusammenarbeit mit neuen Partnern, damit in Zeiten der Knappheit möglichst viele Synergien genutzt werden können.

Es freut mich daher sehr, dass der Kanton Bern zusammen mit der Stadt Winterthur die zweite Auflage dieses Vademecums für eine zukunftsbeständige Gemeinde gemeinsam herausgibt, auch als Ausdruck neuer Zusammenarbeitsformen. Ich bin überzeugt, dass dieses von der Stadt Winterthur erarbeitete Vademecum zur nachhaltigen Kommunalpolitik auch unsere Gemeinden im Kanton Bern interessieren und anregen wird.

Mit dem Brückenschlag zwischen 'Züri-Ost' und 'Züri-West' beschreiben wir einen neuen Weg der Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass weitere solche Brücken, auch zwischen den Gemeinden, geschlagen werden, damit wir nicht nur von einer zukunftsfähigen Welt träumen, sondern sie auch leben.

Die Direktorin der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern



Dori Schaer-Born, Regierungsrätin

Zum Geleit

«Lokale Agenda 21» – ein Begriff, der auch in schweizerischen Gemeinden und Städten langsam ins Bewusstsein dringt. Die rasche Forderung «Jede Schweizer Gemeinde erstellt ihre Lokale Agenda!» erinnert mich an das Motto «Je unbestimmter ein Begriff, desto politikfähiger».

Das vorliegende Vademecum ist mir eine willkommene Gedankenstütze zu wichtigen Entwicklungen und Fakten zum Thema «Nachhaltige Gemeinde» und «Lokale Agenda 21». Es ist ein kurzer, aber anregender Wegweiser durch den grossen Themenkomplex «Kommunale Nachhaltigkeit».

Die Lokale Agenda 21 ist für Winterthur eine zeitgemässe Form, zahlreiche zum Teil bereits existierende lokale Initiativen und Aktivitäten zur Sicherung der Zukunftsbeständigkeit der Stadt zu vernetzen. Die Lokale Agenda ist für uns daher nicht irgendeine neue Aktion, kein ökologisches «Event-Marketing», sondern der Überbegriff, die ordnende Klammer zu den heutigen und künftigen Aktivitäten im Interesse eines nachhaltigen Winterthur im nächsten Jahrhundert. Und deshalb haben wir uns auch entschlossen, dieses Vademecum herauszugeben. Es soll Gedankenstütze und Anregung sein für Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker innerhalb und ausserhalb Winterthurs, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Ich wünsche dem Vademecum eine grosse Verbreitung und Beachtung: Winterthur kann nur zukunftsbeständig sein in einer zukunftsbeständigen Region, in einem zukunftsbeständigen Kanton, in einer zukunftsbeständigen Schweiz, in einem zukunftsbeständigen Europa...

Der Vorsteher des Departements
Sicherheit und Umwelt



Dr. Hans Hollenstein, Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

1	Meilensteine auf dem Weg zur Nachhaltigkeit	6
2	Wichtige internationale Aktivitäten und Gremien	8
3	Was ist Nachhaltigkeit?	9
4	Agenda 21	16
5	Lokale Agenda 21	18
6	Entscheidende Faktoren für die Nachhaltigkeit in der Schweiz	20
7	Aktivitäten des Bundesrates	21
8	Aktionsbereiche in der Schweiz	24
9	Thesen zur Lokalen Agenda 21	25
10	Wichtige kommunale Handlungsfelder	26
11	Management kommunaler Nachhaltigkeit	28
12	Erfolgreiche Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung	31
13	Beispiele	32
14	Serviceteil	34

1 Meilensteine auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

Wichtige Ereignisse, Berichte und Konferenzen haben die Staatengemeinschaft im letzten Drittel unseres Jahrhunderts zur Erkenntnis geführt, dass ein unbeschränktes Wachstum unserer zivilisatorischen Aktivitäten in einem von Natur aus begrenzten Lebensraum nicht möglich ist, ohne die Entwicklungschancen künftiger Generationen massiv zu beschneiden.

1963 Silent Spring («Stummer Frühling»): R. Carson

Die amerikanische Öffentlichkeit wird auf die schleichende Belastung der Umwelt mit chemischen Stoffen aufmerksam gemacht. Führt zur Gründung der amerikanischen Umweltbehörde (EPA = Environmental Protection Agency).

1972 Die Grenzen des Wachstums: Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit; L. Meadows

Die möglichen Konsequenzen dauernd wachsender zivilisatorischer Aktivitäten auf einem Planeten mit beschränkten Ressourcen und beschränkter Tragfähigkeit werden aufgezeigt.

1972 1. Internationale Umweltkonferenz der UNO in Stockholm:

Auf völkerrechtlicher Ebene wird der Umwelt zum ersten Mal ein Schutzanspruch um ihrer selbst willen zugesprochen. «Nachhaltige Entwicklung» findet Eingang ins Völkerrecht.

1980 Global 2000: The Global 2000 Report to the President of the United States; Council on Environmental Quality

Erster Versuch, den Zustand der Umwelt auf unserer Erde gesamthaft darzustellen.

1987 Our Common Future («Unsere gemeinsame Zukunft»): Bericht der UNO-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission)

Umfassende Darstellung der Weltprobleme als Folge des unbeschränkten Wachstums und wichtigste Lösungsansätze.

- 1992 Konferenz von Rio de Janeiro (Erdgipfel):** United Nations Conference on Environment and Development (UNCED)
Grösste Weltkonferenz aller Zeiten. Idee und Begriff der Nachhaltigen Entwicklung werden allgemein bekannt.
- 1992 Changing Course («Kurswechsel»)** / Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt: S. Schmidheiny, Business Council for Sustainable Development (BCSD)
Umfassende Darstellung von Möglichkeiten und Verantwortung der Wirtschaft beim Erhalt der Entfaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen.
- 1996 Faktor vier** / Doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch: E. U. von Weizsäcker, A. B. Lovins, L. H. Lovins
Darstellung des technisch Machbaren zur Reduktion von Umweltbelastung und Ressourcenverbrauchs durch Ökoefizienz.
- 1996 Sustainable America («Nachhaltiges Amerika»)** / A New Consensus for Prosperity, Opportunity and a Healthy Environment: The President's Council on Sustainable Development
Erster Plan zum Handlungsbedarf in Richtung Nachhaltigkeit für ein ganzes Land (Vereinigte Staaten von Amerika).
- 1997 Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz / Strategie des Bundesrates**
Darstellung der zentralen Handlungsfelder und Massnahmen für eine nachhaltige Schweiz.
- 1997 Nachhaltiges Deutschland**
Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung in Deutschland.
-

2 Wichtige internationale Aktivitäten und Gremien

Eine zunehmende Zahl von internationalen Vereinbarungen, Gremien und Konferenzen befasst sich mit dem Thema Nachhaltigkeit oder massgeblichen Aspekten davon. Sie bilden einen wichtigen Rahmen für die Aktivitäten in der Schweiz und damit auch in den Gemeinden. Die wichtigsten sind hier exemplarisch aufgeführt.

Konventionen und Protokolle

- 1972 Gründung UNEP (United Nations Environmental Programme)
- 1973 Washingtoner Artenschutzabkommen
- 1987 Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht
- 1992 Klimaschutzkonvention
- 1992 Artenschutzkonvention
- 1995 Alpenkonvention
- 1996 Istanbul Erklärung über menschliche Siedlungen, Habitat II
- 2000 Malmö Ministerial Deklaration zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Gremien und Konferenzen

- 1993 Gründung der UNCSD (United Nations Commission on Sustainable Development)
 - 1995 1. Klimagipfel in Berlin
 - 1995 World Summit for Social Development, Kairo
 - 1995 UNO-Weltfrauenkonferenz, Peking
 - 1996 World Food Summit (FAO), Rom
 - 1997 Earth Summit +5, New York (1. Rio-Folgekonferenz)
 - 1997 2. Klimagipfel in Kyoto (COP 3)
 - 1998 International Conference on Water and Sustainable Development, Paris
 - 1998 10. Konferenz zum Montrealer Protokoll in Kairo
 - 1998 3. Klimagipfel in Buenos Aires (COP 4)
 - 1999 4. Klimagipfel in Bonn (COP 5)
-

3 Was ist Nachhaltigkeit?

«Nachhaltigkeit» ist rasch zu einem breit akzeptierten Begriff geworden. Dies, ohne dass bis heute geklärt ist, was sich eigentlich dahinter genau verbirgt. Das Konzept der Nachhaltigkeit ist eine sehr weit reichende allgemeine Idee, die im Einzelnen konkret interpretiert werden muss. Es ist keine starre Heilslehre mit einfach zu befolgenden Verhaltensregeln. Das zentrale Anliegen der aktuellen Diskussion besteht deshalb darin, in einem gemeinsamen Prozess konkrete Vorstellungen zu entwickeln, was Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene heisst.

Definition

«Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche weltweit die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken» (Brundtland-Bericht «Our Common Future», 1987).

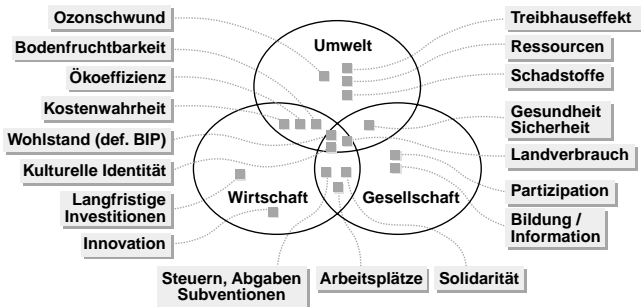
Die drei Handlungsbereiche

Der Anstoss zum kritischen Hinterfragen der heutigen zivilisatorischen Entwicklung ergab sich primär aus den ökologischen Grenzen des Planeten Erde. Die Arbeit der Brundtland-Kommission und die Konferenz von Rio haben zur Erkenntnis geführt, dass Nachhaltigkeit eine Folge des Gleichgewichtes zwischen der zivilisatorischen Entwicklung (Gesellschaft, Wirtschaft) und der Regenerationsfähigkeit der beanspruchten natürlichen Ressourcen (Umwelt) ist. Nachhaltigkeit ist deshalb nur aus der kombinierten Sicht der Handlungsfelder *Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft* zu verstehen.

Unter dem Aspekt der intergenerationellen Verteilung sind die heutigen Hauptprobleme die Kernenergie, der Verbrauch fossiler Brennstoffe, das Wasser und der Artenverlust.

Aspekte und Kriterien

Die wichtigsten Aspekte und Kriterien in den drei Handlungsfeldern für eine nachhaltige Entwicklung sind identifizierbar. Wie die Grafik zeigt, liegen zahlreiche im Schnittbereich der Handlungsfelder.



Indikatoren für die nationale Ebene

Der Nutzen von Strategien, Konzepten, Projekten, aber auch von Handlungsalternativen für eine nachhaltige Entwicklung muss konkret bewertet werden können. Nachhaltige Entwicklung muss daher mit Indikatoren «messbar» werden. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat zusammen mit dem Bundesamt für Statistik (BfS) 1998 einen Vorschlag für gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Indikatoren erarbeitet. Er illustriert, welche Art von Indikatoren heute auf nationaler Ebene zur Diskussion stehen.

Soziale Indikatoren (Gesellschaft)

1. Arbeitslosenquote
2. Einkommensverteilung
3. Nettomigration
4. BIP-Anteil für Ausbildung
5. Mittlere Ausbildungsdauer
6. Treibstoffverbrauch pro Person
7. Anteil der städtischen Wohnbevölkerung
8. Städtische Siedlungsfläche, Stadtbevölkerung
9. Wohnfläche pro Person

BSP = Brutto-Sozial-Produkt

BIP = Brutto-Inland-Produkt

Wirtschaftliche Indikatoren (Wirtschaft)

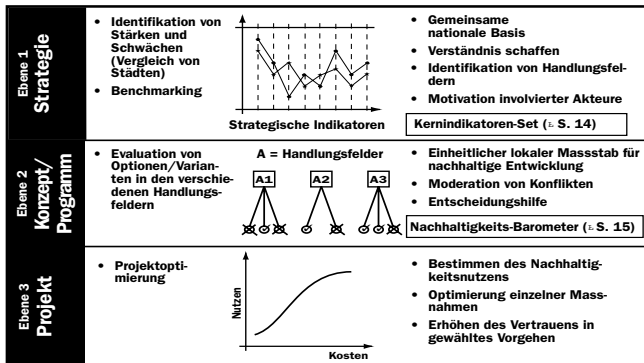
1. BIP pro Person
2. Nutzenergieverbrauch pro Person
3. Anteil erneuerbare Energien
4. Anteil BSP für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
5. Öffentliche Schulden im Verhältnis zum BIP
6. Anteil des Finanzkapitals, das nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt ist.
7. Anteil Arbeitsplätze in Firmen mit Umweltmanagementsystemen

Ökologische Indikatoren (Umwelt)

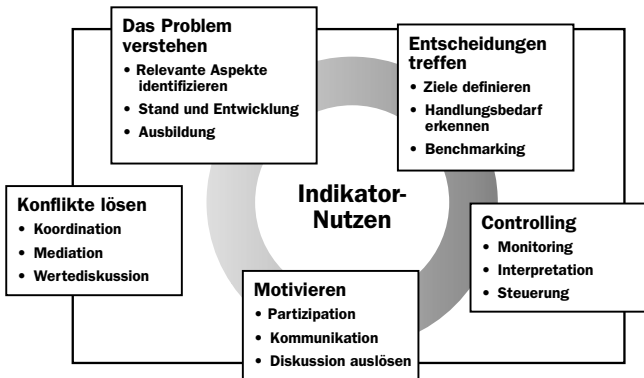
1. Wasserverbrauch pro Person
2. Biochemischer Sauerstoffbedarf in Gewässern
3. Veränderung der Bodennutzung
4. Verbrauch von Pflanzenschutzmitteln pro Hektare Landwirtschaftsfläche
5. Düngerverbrauch pro Hektare Landwirtschaftsfläche
6. Anteil Energieverbrauch der Landwirtschaft
7. Landwirtschaftlich nutzbare Fläche pro Person
8. Anteil gefährdeter Tier- und Pflanzenarten
9. Anteil geschützter Flächen zum Erhalt der Biodiversität
10. Treibhausgasemissionen
11. Stickoxidemissionen pro km²
12. Verbrauch ozonabbauender Substanzen
13. Luftschadstoffkonzentrationen in urbanen Gebieten
14. Haushaltabfälle pro Person
15. Rezyklierte und wieder verwertete Abfallmenge
16. Spezifische Produktion an Sonderabfällen
17. Import/Export von Abfällen
18. Altlastenflächen
19. Produktion radioaktiver Abfälle

Wichtige Aspekte von Indikatorsystemen aus lokaler Sicht

Für Beurteilung mit Hilfe von Indikatoren sind verschiedene Entscheidungsebenen zu unterscheiden:



Die Auseinandersetzung mit Indikatoren ist für die lokale Nachhaltigkeit in verschiedener Hinsicht nützlich:

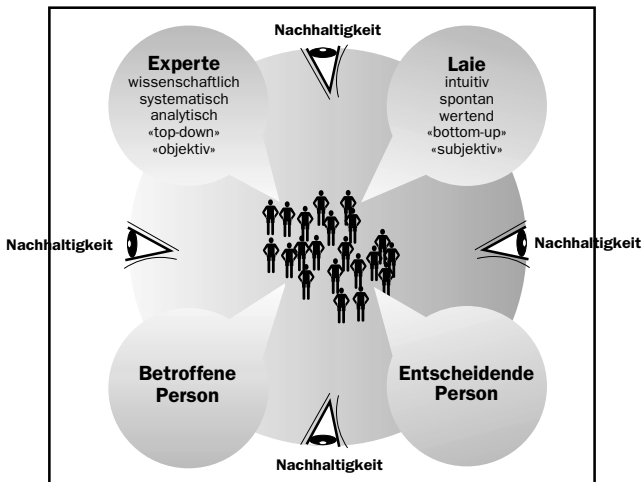


Die erwünschte Aussage des Indikators ist zentral für seine Festlegung:

« State »-Indikatoren	Ist-Anzeiger
« Pressure »-Indikatoren	Veränderungsursachen-Anzeiger
« Rate »-Indikatoren	Veränderungsgeschwindigkeits-Anzeiger
« Impact »-Indikatoren	Wirkungs-Anzeiger
« Response »-Indikatoren	Massnahmen-Anzeiger
Orientierungsindikatoren	Soll-Anzeiger
Erfolgsindikatoren	Erfolgsanzeiger
Objektive Indikatoren	beschreiben Sachverhalte, die in direkt messbare Grössen übersetzt werden können
Subjektive Indikatoren	beschreiben Sachverhalte aufgrund individueller Einschätzungen von Betroffenen

13

Die Ausgestaltung der Indikatoren ist abhängig von der Sichtweise und vom Standpunkt:



Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten – ein Versuch

Umwelt

- 1 Energieverbrauch Wärme
- 2 CO₂Emissionen
- 3 Trinkwasserabgabe
- 4 Kehrriechenfall
- 5 NO₂Emissionen
- 6 Nitrat im Grundwasser
- 7 überbaute Fläche
- 8 Freihalte- und Erholungszonen
- 9 Nutzung des lokalen ÖV

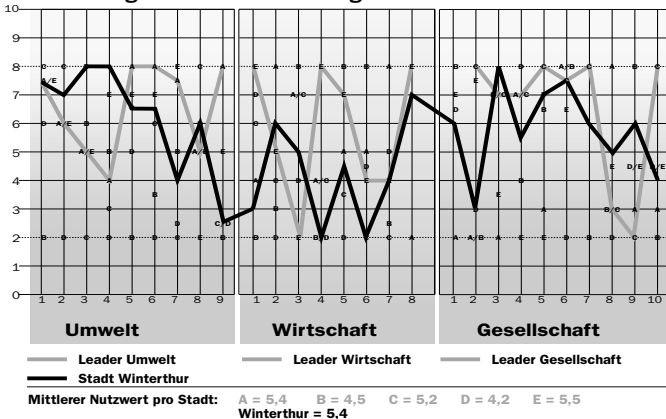
Wirtschaft

- 1 steuerbares Einkommen natürlicher Personen
- 2 steuerbares Vermögen natürlicher Personen
- 3 Verschuldung der Stadt
- 4 Steuereinkommen der Stadt
- 5 Investitionen ins Verwaltungsvermögen
- 6 Beschäftigte (Voll- und Teilzeit)
- 7 Verhältnis der Beschäftigten 3. zu 2. Sektor
- 8 Arbeitsplätze im IT- und Telekom-Bereich

Gesellschaft

- 1 Straftaten
- 2 Beanstandungen der Lebensmittelkontrolle
- 3 übermäßigem Lärm ausgesetzte Personen
- 4 Wohnfläche pro Person
- 5 Sozialhilfeeausgaben
- 6 Erwerbslosenrate
- 7 «Gerissener Bildungsfaden»
- 8 Plätze in Kindertagesstrukturen
- 9 Benützung von Bibliotheken
- 10 Stimmbeteiligung

Anwendung auf Winterthur im Vergleich mit fünf Schweizer Städten



Die Auswertung der Daten der verschiedenen Städte erfolgt nach dem Prinzip einer linearen Nutzwert-Analyse mit einer Wertskala von 0 bis 10. Der beste (oft maximale) Indikatorwert der sechs Städte erhielt den Nutzwert 8, der schlechteste (oft minimale) den Nutzwert 2. Dieser Ansatz erlaubt zudem eine einfache Aggregation der Nutzwerte zu einer Kennzahl, also einer Art «Nachhaltigkeitsindex».

Winterthurer Nachhaltigkeits-Barometer

- Beurteilung und Optimierung von Konzepten, Programmen und Plänen in der Gemeinde
- Berücksichtigung von Indikatoren zu Ökologie, Wirtschaft, Gesellschaft
- Stärken, Schwächen und Gesamtbilanz von vorgeschlagenen Vorhaben
- EDV-gestützt
- **keine** Nachhaltigkeitsbewertung der Gemeinde als Ganzes
- Testversion ab Internet:
<http://www.umwelt-winterthur.ch/barometer/>

Beispiel: Winterthurer Energiekonzept 2000

Nachhaltigkeitsbereich	Aspekt	Indikator	Bewertung					
			-2	-1	0	1	2	
Umwelt	Raum/Verkehr	Bodennutzung						
		Landschaft						
	Energie	Verkehr				■	■	
		Gesamtverbrauch				■	■	
		Erneuerbare zu nichterneuerbaren Energieträgern				■	■	
	Ressourcen	Dezentrale zu zentraler Energieversorgung				■	■	
		Energieeffizienz				■	■	
		Stoffumsatz				■	■	
	Schadstoffe	Verbrauch erneuerbarer zu nichterneuerbaren Rohstoffen				■	■	
		Wertstoffwiederverwertung				■	■	
		Biologische Vielfalt						
	Wirtschaft	Private Haushalte	Atmosphäre				■	■
			Boden					
Wasser								
Öffentlicher Haushalt		Steuerbelastung						
		Preisniveau Konsumgüter						
		Preisniveau Wohnraum						
Arbeitnehmer		Steueraufkommen			■			
		Steuerkraft						
		Bilanz Haushalt						
Arbeitgeber		Schulden			■			
		Arbeitsplätze				■	■	
		Berufliche Weiterbildung				■	■	
Soziales		Lohnniveau						
	Kindertagesstrukturen (Plätze)				■	■		
	Standortattraktivität				■	■		
Soziales	Physische Lebensqualität	Einsatz Ressourcen				■	■	
		Förderung Innovation				■	■	
		Sicherheit						
	Angebot	Gesundheit				■	■	
		Lärm						
		Bildungsangebot						
	Soziale Sicherheit/Solidarität	Kulturangebot						
		Freizeitangebot						
		Konsumangebot						
	Emotionale Identität	Sozialhilfeempfänger						
		Ausgesteuerte						
		Seniorenbetreuung						
		Betreuung Jugendliche						
Überkommunale Partnerschaften					■	■		
Urbanität								
	Politische Identifikation				■	■		
	•Vereinsleben•							

Gesamtbilanz: 0.34

4 **Agenda 21**

Eines der wichtigsten konkreten Ergebnisse des Erdgipfels von Rio ist die Agenda 21. Sie ist ein umfassender, weltweiter Problemkatalog mit Ansätzen zu Massnahmen zur Gewährleistung einer sozial, wirtschaftlich und umweltmässig nachhaltigen Entwicklung auf der ganzen Erde im kommenden 21. Jahrhundert.

Stellenwert der Agenda 21

Die Agenda 21 ist eines der fünf Dokumente, die an der Konferenz von Rio 1992 verabschiedet worden sind. Sie ist ein Konsenspapier, das von 179 Staaten unterzeichnet worden ist. Im strengen Sinn ist sie ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Die Agenda 21 basiert auf der Grundlage des Berichtes «Unsere gemeinsame Zukunft» der UNO-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission). Sie umfasst 40 Kapitel.

Inhalt der Agenda 21

1. Präambel zur Agenda 21
 2. Internationale Zusammenarbeit
 3. Kampf gegen die Armut
 4. Das Konsumverhalten ändern
 5. Bevölkerung und nachhaltige Entwicklung
 6. Schutz und Förderung der Gesundheit
 7. Nachhaltige menschliche Siedlungsformen
 8. Entscheidungen für eine nachhaltige Entwicklung
 9. Schutz der Atmosphäre
 10. Nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens
 11. Bekämpfung der Entwaldung
 12. Kampf gegen Desertifikation und Trockenheit
 13. Nachhaltige Entwicklung der Berggebiete
 14. Nachhaltige Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums
 15. Erhaltung der biologischen Vielfalt
-

16. Umweltgerechter Umgang mit Biotechnologie
17. Schutz und Nutzung der Ozeane
18. Schutz und Nutzung von Süßwasser
19. Sicherer Umgang mit giftigen Chemikalien
20. Umgang mit gefährlichen Abfällen
21. Umgang mit festen Abfällen und Abwässern
22. Sicherer Umgang mit radioaktiven Abfällen
23. Präambel zu den Kapiteln über die Stärkung der Partnerschaft
24. Frauen bei einer nachhaltigen Entwicklung
25. Kinder und Jugendliche bei einer nachhaltigen Entwicklung
26. Stärkung der Rolle der Eingeborenenvölker
27. Partnerschaft mit NRO
28. Lokalbehörden (**Lokale Agenda 21**)
29. Arbeiter und Gewerkschaften
30. Stärkung der Rolle von Handel und Industrie
31. Wissenschaftler und Technologen
32. Stärkung der Rolle der Bauern
33. Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung
34. Transfer umweltgerechter Technologien
35. Wissenschaft und nachhaltige Entwicklung
36. Erziehung, Ausbildung und Sensibilisierung
37. Schaffen von Kapazitäten
38. Organisation für nachhaltige Entwicklung
39. Internationale Gesetzgebung
40. Informationen für die Entscheidungsfindung

NRO = Nicht-Regierungs-Organisationen

5 Lokale Agenda 21

Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Agenda 21 wird im Kapitel 28 den Lokalbehörden zugesprochen. Die Agenda 21 fordert: «Die Lokalbehörden spielen als Regierungsbehörden, die den Menschen am nächsten stehen, in der Erziehung und im Sensibilisieren der Öffentlichkeit für eine nachhaltige Entwicklung eine entscheidende Rolle. Bis 1996 soll jede Lokalbehörde ihre Bürger und Bürgerinnen befragt und eine Lokale Agenda 21 für ihre Gemeinschaft ausgearbeitet haben...»

Entwicklung und Förderung des Instrumentes der Lokalen Agenda 21

Bereits 1990 wurde der Rat für kommunale Gemeindeentwicklung (ICLEI) unter der Schirmherrschaft des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und des internationalen Gemeindeverbandes gegründet. Er hat zuhanden der Konferenz von Rio die Grundlagen für eine Lokale Agenda 21 aufgearbeitet. Heute unterstützt er diese Aktivitäten weiterhin mit Grundlagenarbeiten und der Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches.

Wichtige Konferenzen und Vereinbarungen zur Lokalen Agenda 21

- 1. Europäische Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, Aalborg, 1994: Verabschiedung der «Charta von Aalborg»
 - 2. Europäische Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, Lissabon, 1996: Verabschiedung des «Lissabonner Aktionsplanes»
 - Internationale Konferenz «Wirtschaft und Kommune – neue Partnerschaften für das 21. Jahrhundert», Bremen, 1997
 - European Cities: The Göteborg Convention, 1998, Tagung zum Erfahrungsaustausch
 - 3. Europäische Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, Hannover 2000: Verabschiedung des «Hannover Aufrufes der europäischen Bürgermeister an der Wende zum 21. Jahrhundert»
-

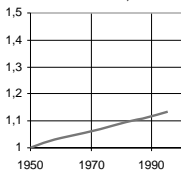
Erste Aktivitäten in der Schweiz

- Nationalrat Wintersession 1997 / Motion UREK-NR (97.033) zur Strategie Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: «Der Bundesrat wird beauftragt, den Prozess zur Erarbeitung und Umsetzung von kantonalen und kommunalen Agenda 21 einzuleiten und zu fördern.» Der Bundesrat nimmt die Motion an.
 - Das BUWAL startet 1997 ein Förderprogramm für nachhaltige Projekte auf kommunaler Ebene, welche sich als Teil einer Lokalen Agenda 21 bezeichnen lassen.
 - «Wünschbare Zukunft, Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung am Beispiel der Gemeinde Illnau-Effretikon»: Tagung der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie, Effretikon, November 1997
 - 11. OIKOS-Konferenz: «Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung», St.Gallen, Juli 1998
 - «Lokale Agenda 21: Aufbruch der Gemeinden ins 21. Jahrhundert»: Tagung im Ökozentrum Langenbruck, September 1998
 - «Lokale Agenda 21: Nachhaltige Entwicklung konkret»: 1. Tagung des BUWAL, Bern, September 1998
 - «Lokale Agenda 21: Nachhaltige Entwicklung konkret»: 2. Tagung des BUWAL, Bern, November 1999
 - «Nachhaltige Entwicklung: Die neue Herausforderung für den Umweltschutz», 3. Tagung des BUWAL, Bern, August 2000
 - «Nachhaltigkeit – Triebfeder für den wirtschaftlichen Erfolg?», Symposium «Sustainability 2000», Zürich, August 2000
-

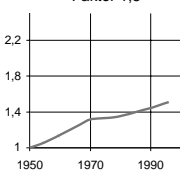
6 Entscheidende Faktoren für die Nachhaltigkeit in der Schweiz

Die Entwicklung von entscheidenden Faktoren für die Nachhaltigkeit in der Schweiz illustriert die zivilisatorische Dynamik der letzten Jahrzehnte: Die Darstellungen zeigen die Entwicklung von 1950 bis heute.

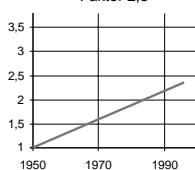
Lebenserwartung
Faktor 1,1



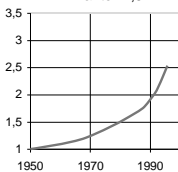
Wohnbevölkerung
Faktor 1,5



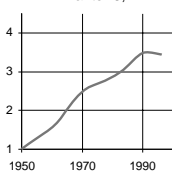
Siedlungsfläche
Faktor 2,3



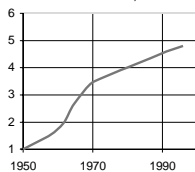
% Maturitätsabschlüsse
Faktor 2,5



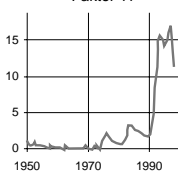
BIP real
Faktor 3,4



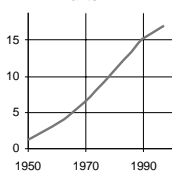
Endenergieverbrauch
Faktor 4,8



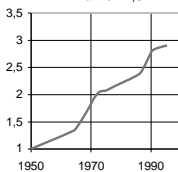
Arbeitslose
Faktor 11



Fahrzeugbestand
Faktor 17



Industrielle Produktion
Faktor 2,9



7 Aktivitäten des Bundesrates

Nach dem Erdgipfel von Rio 1992 hat der Bundesrat die erforderlichen Arbeiten zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen eingeleitet. In einem ersten Schritt hat er eine umfassende Lagebeurteilung erstellen lassen. Auf dieser Basis legte er 1997 eine Strategie vor, welche die mittelfristigen Massnahmen in den entscheidenden Schlüsselbereichen für eine nachhaltige Entwicklung festlegt. Damit hat der Bundesrat die Marschrichtung vorgegeben.

- Im März 1993 hat der Bundesrat den Interdepartementalen Ausschuss zu Rio (IDARio) eingesetzt. Der aus 20 Bundesstellen zusammengesetzte IDARio ist verantwortlich für die Ausrichtung und Koordination der Folgearbeiten in der Schweiz zu Rio 1992. Der IDARio hat eine Bestandesaufnahme über die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz im Rahmen der sektoriellen Politiken und der Koordinationsmechanismen erarbeitet. Er legte dem Bundesrat zwei Berichte vor:
 - Elemente für ein Konzept der nachhaltigen Entwicklung
 - Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz
- Im Juni 1996 beauftragte der Bundesrat das BUWAL, einen «Conseil du Développement Durable», bestehend aus sieben Mitgliedern aus Wirtschaft und Forschung, einzusetzen, damit dieser einen Aktionsplan für die Schweiz vorschlägt. Der Bundesrat nimmt im März 1997 den Bericht
 - Nachhaltige Entwicklung: Aktionsplan für die Schweiz zur Kenntnis.
- Ausgehend von den Arbeiten des IDARio und des Conseil du Développement Durable, sind 1997 folgende Dokumente veröffentlicht worden:
 - Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: Strategie des Bundesrates
 - Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: Stand der Realisierung
 - Der Weg zur nachhaltigen Schweiz (BUWAL)

- Der Bundesrat will seine Nachhaltigkeitsstrategie mit Massnahmen in 8 Aktionsfeldern umsetzen:
 - Internationales Engagement
 - Energie
 - Wirtschaft
 - Konsumverhalten
 - Sicherheitspolitik
 - Ökologische Steuerreform
 - Bundesausgaben
 - Umsetzung und Erfolgskontrolle

- Auf der Basis des Aktionsplanes bzw. der Strategie hat der Bundesrat im Februar 1998 einen Rat für nachhaltige Entwicklung mit 13 Expertinnen und Experten eingesetzt. Im Mai 2000 hat der Bundesrat den Rat auf Beginn 2001 in den Rat für Raumordnung übergeführt und damit de facto aufgelöst.

Die Massnahmen der Strategie des Bundesrates

1. Internationales Engagement

«Die Schweiz stellt sich der globalen Herausforderung. Sie verstärkt ihr internationales Engagement und orientiert ihre Aussenbeziehungen vermehrt auf die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung.»

2. Energie

«Die Schweiz stabilisiert den Verbrauch (Basis 1990) fossiler Energieträger bis zum Jahr 2000 und reduziert ihn bis zum Jahr 2010 um 10 Prozent (gemessen an den CO₂-Emissionen). Vorschläge für weitergehende Reduktionen werden Anfang des nächsten Jahrhunderts formuliert werden.»

3. Wirtschaft

«Der Bund bewirkt mit geeigneten Rahmenbedingungen, dass die Wirtschaft die externen Kosten im ökologischen und sozialen Bereich vermehrt berücksichtigt.»

4. Konsumverhalten

«Die Schweiz fördert mit einer national und international verbesserten Produkteinformation ein Konsumverhalten im Sinne der nachhaltigen Entwicklung.»

5. Sicherheitspolitik

«Die Schweiz ist sich bewusst, dass neben den Gefahren machtpolitischer Einwirkungen Gefahren im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich die Sicherheit des Landes je länger je mehr in Frage stellen können. Sie wird die Grundlagen ihrer Sicherheitspolitik zu gegebener Zeit überprüfen.»

6. Ökologische Steuerreform

«Der Bund besteuert einerseits den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger sowie die Belastung der Umwelt und entlastet andererseits die Arbeit.»

7. Bundesausgaben

«Der Bund nutzt die Lenkungswirkung seiner Ausgaben für die Förderung der nachhaltigen Entwicklung.»

8. Umsetzung und Erfolgskontrolle

«Die Schweiz unterstellt ihre Nachhaltigkeitspolitik in regelmässigen Abständen einer Erfolgskontrolle. Sie setzt einen hochkarätigen, unabhängigen Rat für nachhaltige Entwicklung ein.»

Neue Bundesverfassung

Am 1. Januar 2000 ist die neue Bundesverfassung in Kraft gesetzt worden. Neu enthält sie als bedeutendes programmatisches Element den Gedanken der Nachhaltigkeit: *«Sie (die Schweizerische Eidgenossenschaft) fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.»* (Art. 2 Abs. 2)

8 Aktionsbereiche in der Schweiz

In den letzten Jahren sind in der Schweiz auf allen Ebenen Aktivitäten und Initiativen zum Thema Nachhaltigkeit ausgelöst worden. Im Folgenden sind beispielhaft einige davon aufgeführt.

Verwaltung

- 1996 Aktionsplan Umwelt und Gesundheit (BAG und BUWAL)
- 1998 Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung, 1. Entwurf (BUWAL und BfS)
- 1998 Raumordnung und nachhaltige Entwicklung: Handlungsansätze für eine nachhaltige Raumentwicklung in der Schweiz
- Kanton Aargau; Regierungsprogramm und Finanzplan 1997–2001/ Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung

Forschung

- Schweizerischer Nationalfonds
NFP 31: Klimaveränderung und Naturgefahren
NFP 41: Verkehr und Umwelt
Schwerpunktprogramm Umwelt: nachhaltiges Handeln
- ETH-Strategie Umwelt und Nachhaltigkeit
- Konferenz der Schweizerischen Wissenschaftlichen Akademien (CASS): Forschung zu Nachhaltigkeit und globalem Wandel – wissenschaftliche Visionen der Forschenden

Wirtschaft

- Ökoplatzform für nachhaltiges Bauen
- Schweizerischer Ingenieur- und Architekten-Verein: Schwerpunktsthema Nachhaltigkeit / Nachhaltigkeit der gestaltbaren Umwelt (Basisdokument)
- Verein Sustainability, Zürich

NROs

- SGU/WWF/VCS/Pro Natura: Umwelt – Wirtschaft – Soziales: 18 Thesen zur nachhaltigen Entwicklung / Ein Diskussionsbeitrag
 - Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas: Was heisst nachhaltige Entwicklung? / Leitlinien für eine zukunftsfähige Schweiz
 - Verein Lokale Agenda 21: Handbuch Lokale Agenda 21
-

9 Thesen zur Lokalen Agenda 21

Die Vorgabe in der Agenda 21 von Rio betont stark die Partizipation der Bevölkerung in den Gemeinden beim Entwickeln einer Lokalen Agenda 21. Diese Vorgabe muss jedoch in Übereinstimmung mit den bestehenden politischen Entscheidungsmechanismen gebracht werden. Es ist somit äusserst wichtig, zu klären, welche Funktion die Lokale Agenda 21 im Einzelfall hat und wie sie in die Kommunalpolitik integriert werden kann.

Die Lokale Agenda 21

- ... ist das Aktionsprogramm für die nachhaltige Kommunalpolitik für das 21. Jahrhundert.
- ... bildet die Grundlage für ein Leitbild bzw. für Leitlinien zum Fördern einer nachhaltigen Entwicklung.
- ... umfasst alle wichtigen Aktionsfelder der Kommunalpolitik.
- ... stellt die Integration der Anliegen von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sicher.
- ... berücksichtigt in angemessener Weise die globale Dimension der nachhaltigen Entwicklung («Global denken, lokal handeln»).
- ... ist keine Aktion, die neben den oder gar in Konkurrenz zu den herkömmlichen politischen Institutionen der Gemeinde abläuft.
- ... fordert die
 - vernetzte, ganzheitliche Politik
 - langfristige, zukunftsorientierte und zukunftsbeständige Politik
 - partizipative Politik der aktiven Beteiligung.
- ... fördert die Einbindung und Unterstützung aller relevanten Aktionsgruppen in der Gemeinde.
- ... legt Wert auf Vernetzung über die Gemeindegrenzen hinaus.
- ... unterstützt den Bewusstseinsbildungs-, Lern- und Meinungsbildungsprozess der Öffentlichkeit zur nachhaltigen Entwicklung.

Kurz: Die Lokale Agenda 21 initiiert den Prozess von einer traditionellen Kommunalpolitik mit einem Zeithorizont von einigen Jahren zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Kommunalpolitik mit intergenerationaler Perspektive.

10 Wichtige kommunale Handlungsfelder

Analog zur Agenda 21 von Rio muss die Lokale Agenda 21 alle bedeutenden Handlungsfelder der Kommunalpolitik umfassend ansprechen. Das kommunale Handeln muss in allen Aufgabenbereichen durch das Konzept der Nachhaltigkeit als neues, wichtiges Grundprinzip bestimmt sein.

In Klammern sind beispielhaft konkrete Handlungsfelder aufgeführt.

Umwelt

1. Raum
Raum- und Flächennutzung (Nutzungsplanung, Stadtbildplanung; Brachflächenrecycling in Bauzonen)
 2. Natur
Naturraum- und Landschaftsplanung, Biodiversität (Naturschutzleitbild resp. Konzept und Massnahmen zum Erhalt der Biodiversität und zur Vernetzung der Lebensräume; kommunale Leitlinien für eine zukunftsbeständige räumliche Entwicklung)
 3. Energie (kommunale Treibhausgasbilanz zur Ermittlung des Handlungsbedarfs; Energieplan und Energiekonzept mit Aktivitätenprogramm)
 4. Materialflüsse
Abwasser, Abfall, Recycling, Wertstoffbewirtschaftung (Ökoführer für abfallarmes Einkaufen; Abfallleitfaden)
 5. Oberflächen-, Grundwasser (Fliessgewässer-Revitalisierungen, differenzierter Grundwasserschutz, generelle Entwässerungsplanung)
 6. Boden
Bodenfruchtbarkeit, Bodenschutz, Altlasten (öffentlicher kommunaler Altlastenkataster)
-

7. Luft und Lärm
Lärmschutz (Tempo-30-Zonen; Umsetzung Lärmschutzverordnung),
Luftreinhaltung (Propagieren der Eco-Fahrweise und des Car-Sharing)

Wirtschaft

1. Wirtschaftssystem (lokale Rahmenbedingungen), Verwaltung (Wirkungsorientierung)
2. Wirtschaftsförderung (Stadtmarketing)
3. Mobilität (Parkplatzbewirtschaftung; Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs)
4. Information/Weiterbildung
5. Arbeitsplätze
6. Nahversorgungssysteme

Gesellschaft

1. Bildung und kulturelle Identität
 2. Freizeit (lokale Freizeit- und Kulturangebote)
 3. Soziales Netzwerk und Integration (Sozialführer, aktives Fördern einer Quartierkultur)
 4. Sicherheit (Gewährleistung objektiver wie subjektiver Sicherheit; Sicherheitsvorsorge; Verkehrssicherheit; Schutz vor Kriminalität)
 5. Arbeitsmöglichkeiten (Arbeitsvermittlung, neue Beschäftigungsformen; Familienservice; Betreuungsangebote für Kinder)
 6. Lokal gelebte Demokratie
-

11 Management kommunaler Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Kommunalpolitik ist durch typische Merkmale gekennzeichnet. Ihre Umsetzung im Alltag stützt sich auf das Beachten einiger wichtiger Managementregeln.

Merkmale einer nachhaltigen Kommunalpolitik

Nachhaltigkeit des Gemeinwesens ist das Ergebnis eines gelebten lokalen Konsenses über Grundwerte, gesunde Lebensbedingungen und die notwendige Verteilungsgerechtigkeit zwischen den derzeit lebenden Menschen und den künftigen Generationen.

Eine Gemeinde ist nachhaltig, wenn

- sozialer Zusammenhalt und Solidarität bestehen,
- sie ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine soziokulturelle Basis und gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet,
- sie die baulichen und ästhetischen Qualitäten erhält und weiterentwickelt,
- sie über eine sozial- und umweltverträgliche technische und soziale Infrastruktur verfügt,
- sie ihren Bewohnerinnen und Bewohnern einen gesunden, sicheren und attraktiven Lebensraum schafft.

Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems stützt sich auf menschliche Arbeit, erneuerbare Ressourcen und volkswirtschaftlich optimales Wirtschaften.

Ein lokales Wirtschaftssystem ist nachhaltig, wenn

- möglichst viele mit einer sinnvollen Tätigkeit daran beteiligt sind,
 - die wirtschaftlichen Aktivitäten zukunftsorientiert sind,
 - die lokalen Vorteile, Fähigkeiten und Ressourcen genutzt werden,
 - die wirtschaftlichen Aktivitäten mit dem Gemeinwesen abgestimmt sind,
 - die Umwelt- und sozialen Kosten durch die Wirtschaft mitgetragen werden.
-

Ökologische Nachhaltigkeit schützt die lokale Umwelt vor Schadstoffen, geht haushälterisch mit den natürlichen Ressourcen um und sichert damit das Wohlergehen der Menschen sowie das Leben und die Vielfalt von Pflanzen und Tieren in der Zukunft.

Konkret bedeutet dies für eine Gemeinde, dass

- der Schutz von Luft, Wasser und Boden gewährleistet ist,
- die Möglichkeiten der effizienten und erneuerbaren Energienutzung ausgeschöpft werden,
- der Lebensraum der Menschen vor Lärm und anderen schädlichen Einflüssen bewahrt wird,
- Landschaft und Naturraum mit Pflanzen und Tieren erhalten werden,
- landwirtschaftlich nutzbarer Boden vor Beeinträchtigungen der Fruchtbarkeit geschützt wird.

Managementregeln für eine kommunale Nachhaltigkeit

Lokale *gesellschaftliche* Nachhaltigkeit ist vor allem eine Frage des gemeinsamen Gestaltungs- und Konsensfindungsprozesses zur Umsetzung der Vision einer nachhaltigen Entwicklung. Dies wird erreicht durch

- Einbezug der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung und den Interessenausgleich
- die Förderung lokaler Initiativen und Potenziale sowie lokaler Netzwerke
- eine transparente, aufgeschlossene und innovative Kommunalpolitik
- eine wirkungsorientierte und kostengünstige Verwaltung
- Förderung eines hohen Sicherheitsgefühls gegen Gefahren und soziale Risiken
- die Pflege von Stadtbild und Aufenthaltsqualität (Kultur, Freizeit, Erholung)
- angemessene Aktivitäten zur Unterstützung internationaler Solidarität zur Förderung der Nachhaltigkeit

Lokale *wirtschaftliche* Nachhaltigkeit zeichnet sich durch eine gesunde Finanzlage der Gemeinde und eine förderliche Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft aus.

Dies wird erreicht durch

- transparente Kommunikation und Abstimmung zwischen Gemeinde und Wirtschaft
- Unterstützen von umweltverträglichem und sozialverträglichem Wirtschaften (Umweltmanagementsysteme, Ökoeffizienz)
- Beteiligung der Wirtschaft an den externen sozialen und ökologischen Kosten (Abgaben-, Gebührenpolitik)
- Ausrichtung von Stadtentwicklung und Ansiedlungspolitik auf die Finanzkraft der Gemeinde
- Einsatzprogramme für Erwerbslose in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und dauerhafte Eingliederung Erwerbsloser in die Wirtschaft

Lokale *ökologische* Nachhaltigkeit muss der Begrenztheit der Ressourcen sowie den Grenzen der Belastbarkeit des Lebensraumes und der Lebewesen Rechnung tragen.

Dies wird erreicht durch

- vorbildliches, umweltschonendes Verhalten der Gemeinde (ökologische Beschaffung, nachhaltige Landpolitik)
 - wirtschafts- und sozialverträgliche Umsetzung der umweltrechtlichen Vorschriften
 - Schaffen eines aktuellen Überblickes über den Umweltzustand und den Handlungsbedarf im Umweltbereich
 - weitestgehende lokale Lösungen der Umweltprobleme
 - angemessene Kooperationen mit anderen Gemeinden
 - innovative Nutzung lokaler Potenziale und Erfahrungen anderer Gemeinden
-

12 Erfolgreiche Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung

Das Motto der Lokalen Agenda 21 ist, die Betroffenen im lokalen Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung zu Beteiligten zu machen. In der Schweiz mit ihrer demokratischen Tradition und Erfahrung ist ein weiter gehender Einbezug der Bevölkerung nur unter Beachtung der massgeblichen Erfolgsfaktoren denkbar.

Massgebende Erfolgsfaktoren

- Nur dort, wo im weitesten Sinne ein lokaler «Leidensdruck» und damit ein lokales Problembewusstsein vorhanden ist, kann ein Lokale-Agenda-Prozess in Gang gesetzt werden.
- Ein Sensibilisierungsprozess muss das latente Problembewusstsein an die Oberfläche bringen.
- Jede Initialphase braucht geeignete Schlüsselpersonen, welche den Stein ins Rollen bringen und erste Widerstände überwinden können.
- Der Kreis der einbezogenen Bevölkerung muss der Fragestellung angepasst sein.
- Die mit Bevölkerungsbeteiligung bearbeitete Fragestellung darf weder zu breit noch zu eng sein.
- Erste Teilerfolge müssen als Erfolgserlebnisse rasch möglich sein.
- Es muss stets auf Bestehendem aufgebaut werden; insbesondere müssen bereits vorhandene Netzwerke genutzt werden.
- Kontinuierliche Information und Einbezug der Medien (Radio, Fernsehen und Presse) müssen den Prozess begleiten.

Stolpersteine und Fallgruben

- Unklare Verhältnisse oder gar Konkurrenz zu traditionellen politischen Entscheidungsprozessen müssen vermieden werden.
- Falsch verstandenes hoheitliches Selbstverständnis institutioneller Entscheidungsträger und der Verwaltung kann den Prozess blockieren.
- Divergenzen zwischen kurzfristigen politischen Zielen und den langfristigen nachhaltigkeitsbedingten Erfordernissen sind oft nur schwer zu vermeiden.
- Die Nachhaltigkeitspostulate sind im Einzelfall zu wenig konkretisiert für eine Umsetzung auf der kommunalen Ebene.

13 Beispiele

Zahlreiche Gemeinden in der Schweiz und im Ausland sind bereits auf dem Weg der Lokalen Agenda 21. In der Schweiz ist dies bis heute allerdings oft nicht unter diesem Namen erfolgt. Die Ansatzpunkte und Vorgehensweisen sind ganz verschieden. Nachstehend sind einige interessante Ansätze mit Lokale-Agenda-ähnlichem Charakter als mögliche Beispiele zusammengestellt. Künftig wird es immer wichtiger werden, Erfahrungen auszutauschen und von den Erfolgen und Misserfolgen der anderen zu lernen.

32

Stadtentwicklungsforen Winterthur (1990–1996)

In der Werkstatt 90 und den daran anschliessenden öffentlichen Foren zur Stadtentwicklung wurden von Parteien, Verbänden und lokalen Interessengruppen konkrete Vorstellungen zur Entwicklung des Winterthurer Stadtzentrums erarbeitet. Initialer Anlass war die anstehende Neunutzung von grossen Industriearealen im Stadtzentrum.

Kontakt: Stadt Winterthur, Departement Bau,
Planungskoordinator, 8402 Winterthur
Tel.: 052 267 59 62

Werkstadt Basel (1997–1999)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt involviert im Rahmen der Werkstatt Basel in Innovationswerkstätten die Bevölkerung zur Aufwertung der Stadt Basel und der Gemeinden Riehen und Bettingen als Wohnorte. In Konsenskonferenzen werden die Ideen zu breit abgestützten Problemlösungsvorschlägen verdichtet. Konkrete Ziele der Aufwertung sind: nachhaltige Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen, Steigerung der Lebens- und Wohnqualität, Stärkung der kulturellen und wirtschaftlichen Attraktivität von Basel, Integration ausländischer Einwohner/innen.

Kontakt: Werkstadt Basel, Bäumleingasse 22,
Postfach, 4001 Basel
Tel.: 061 205 10 00; www.werkstadt-Basel.ch

Zukunftslabor Baden (1997–1998)

Ideen- und Visionenwettbewerb mit dem Ziel, die interessierte Bevölkerung in die Diskussion um die Entwicklung der Stadt Baden miteinzubeziehen. Zahlreiche innovative Projekte konnten geprüft werden. Einige haben sich bereits verwirklichen lassen, andere werden weiterverfolgt.

Kontakt: Stadtökologie Baden, Stadthaus, Rathausgasse 1
 5401 Baden
 Tel.: 056 200 82 57

Stadtforum Zürich (1996–1997)

Der Stadtrat von Zürich initiierte ein Forum mit Beteiligung aller Betroffenenengruppen zur Deblockierung der Diskussionen über die Aufwertung und die künftige Entwicklung des Stadtteiles Zürich West (Kreise 4 und 5). Mit der Gesprächsplattform, die durch unabhängige Experten moderiert wurde, konnten die einzelnen Standpunkte angenähert und gemeinsame Empfehlungen zur Aufwertung von Zürich West entwickelt werden.

Kontakt: Fachstelle Stadtentwicklung der Stadt Zürich,
 Stadthaus, Postfach, 8022 Zürich
 Tel.: 01 216 36 63

Quartiermitwirkung Länggasse, Bern (1997–2002)

Zur Entwicklung von Lösungen zur Befreiung des Länggassquartiers vom Durchgangsverkehr wird in Zusammenarbeit mit der Quartierbevölkerung ein so genannter Verkehrskompromiss ausgearbeitet.

Kontakt: Quartiermitwirkung Länggasse,
 Lärchenweg 33, 3012 Bern

14 Serviceteil

Adressen

- Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)
3003 Bern
Tel. 031 322 70 49
- Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL)
3003 Bern
Tel. 031 322 93 11 / Fax 031 322 99 81
- Bundesamt für Gesundheit (BAG)
3003 Bern
Tel. 031 322 21 11 / Fax 031 322 95 07
- Bundesamt für Statistik (BfS)
3003 Bern
Tel. 031 323 60 11 / Fax 031 323 60 02
- Bundesamt für Energie (BfE)
3003 Bern
Tel. 031 322 56 11 / Fax 031 323 25 00
- International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI)
European Secretariat, Eschholzstrasse 86, D-79115 Freiburg i. Br.
- European Sustainable Cities & Towns Campaign
Rue du Cornet, 22, B-1040 Brüssel
- Klima-Bündnis
Philipp-Reis-Strasse 84, D-60486 Frankfurt a. M.
- United Nations Commission on Sustainable Development (UNCED)
160 Route de Florissant, PO Box 80, 1231 Couches

Literatur

- Silent Spring
R. Carson; Hamish Hamilton, London, 1963
 - Die Grenzen des Wachstums / Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit
L. Meadows; Universe Books, New York, 1972
 - Global 2000 / The Global 2000 Report to the President
Council on Environmental Quality / G. O. Barney; U. S. Government Printing Office, Washington, 1980
 - Our Common Future
Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission), Oxford University Press, Oxford, 1987
-

- Kurswechsel / Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt
S. Schmidheiny mit dem Business Council for Sustainable Development (BCSD), Artemis & Winkler, München, 1992
- Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung
Kurzfassung der Agenda 21 und der anderen Rio-Abkommen; Center of Our Common Future, Genf, 1993
- Faktor Vier / Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauchen
E. U. von Weizsäcker, A. B. Lovins, L. H. Lovins; Droemer Knauer, München, 1996
- Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: Strategie des Bundesrates
Dokumentationsstelle BUWAL, 3003 Bern, 1997
- Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: Stand der Realisierung
Interdepartementaler Ausschuss Rio (IDARio), Dokumentationsstelle BUWAL, 3003 Bern, 1997
- Nachhaltige Entwicklung: Aktionsplan für die Schweiz
Conseil du Développement Durable, Dokumentationsstelle BUWAL, 3003 Bern, 1997
- Der Weg zur nachhaltigen Schweiz
BUWAL, Sektion Kommunikation, 3003 Bern, 1997
- Sustainable America / A New Consensus for Prosperity, Opportunity and a Healthy Environment
The President's Council on Sustainable Development; U. S. Government Printing Office, Washington, 1996
- Nachhaltiges Deutschland / Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung
Arbeitsgruppe Agenda 21 / Nachhaltige Entwicklung, Umweltbundesamt, Erich Schmidt, Berlin, 1998
- Lokale Agenda 21 / Deutschland, Kommunale Strategien für eine zukunftsbeständige Entwicklung
ICLEI; S. Kuhn, G. Suchy, M. Zimmermann; Springer, Berlin, 1998
- European Local Agenda 21 Planning Guide
ICLEI; Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn, 1996
- Handbuch Lokale Agenda 21, Verein Lokale Agenda 21, Bern, 2000.

Rat für nachhaltige Entwicklung

(ist auf 1. Januar 2001 in den Rat für Raumordnung übergeführt und de facto aufgelöst worden).

Präsidentin

- Madame Petitpierre Anne, Professeure de droit, Avocate, 8 rue de l'Hôtel-de-Ville, 1204 Genève

Mitglieder

- Frau Ackermann-Liebrich Ursula, Prof. Dr., Vorsteherin des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin, Steinengraben 49, 4051 Basel
- Frau Bär Rosemarie, Koordinatorin für Entwicklungspolitik, Monbijoustrasse 31, 3001 Bern
- Herr Bechtler Thomas W., Industrieller, Seestrasse 21, 8700 Küsnacht
- Monsieur Crettaz Bernard, d'ès sociologie, Conservateur du Musée d'Ethnographie de Genève / Chargé de cours, 65 boulevard Carl-Vogt, 1205 Genève
- Madame Epiney Astrid, Professeure de droit, Juriste, 7 route d'Englisberg, 1762 Granges-Paccot
- Herr Krauer Alex, Dr., Präsident des Verwaltungsrates der UBS AG, Postfach 1770, 8001 Zürich
- Herr Lendi Martin, Prof. Dr., Professor für Rechtswissenschaften, ETH-Zentrum, 8092 Zürich
- Signora Lepori Bonetti Mimi, lic. phil. I, Consulente per questioni sociali, via P. Lucchini 8a, 6901 Lugano
- Herr Leumann Gerry, Unternehmer, Schösslistrasse 23, 6045 Meggen
- Monsieur Longet René, lic. ès lettres, Directeur romand SPE, 6 rue Saint-Ours, 1205 Genève
- Herr Minsch Jürg, Dr., Projektleiter am IWÖ HSG, Lehrbeauftragter, Tigerbergstrasse 2, 9000 St. Gallen
- Frau Ries Andrea, dipl. Math., Leiterin Policy Projekte WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich



